

142 Dritter Verhandlungstag. — Nachmittags-Sitzung.

verbietet uns, Gelder abzuführen, solange wir selbst noch welche brauchen. Den Ausführungen Muer's in Bezug auf die Dezentralisation stimme ich bei, es müssen Vorschläge gemacht werden, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. So lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns nach unserem Organisationsstatut richten. Roenen hat schon wiederholt darüber Äärm geschlagen. Wir haben seinem Drängen nachgegeben und werden versuchen, in anderer Weise das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern und unser Organisationsstatut zu ändern. Vielleicht empfiehlt es sich, daß auch andere Orte so vorgehen und nur ihre Gelder an die Parteileitung abführen.

Vock macht darauf aufmerksam, daß die in Aussicht genommene Sitzungszeit abgelaufen ist und läßt darüber abstimmen, ob diese Punkte der Tagesordnung heute noch erledigt werden sollen.

Die Versammlung entscheidet sich dafür, noch weiter zu tagen.

Weinheber=Hamburg wendet sich gegen die Behauptung Martiffe's, daß nach dem Organisationsstatut Schleswig-Holsteins alle überschüssigen Gelder nach Neumünster geschickt werden müssen. Das steht garnicht darin.

Ein Schlußantrag, den Hoffmann=Bielefeld begründet, Fischer bekämpft, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lesche=Altona: Ich habe hier zu erklären, daß die von Martiffe-Hamburg aufgestellte Behauptung: „In der Provinz Schleswig-Holstein müße jeder Wahlkreis sein Geld an den Vorort Neumünster schicken“, nicht in dem Organisationsplan enthalten ist. Die selbstverständliche Thatsache der Beitragsleistung an Neumünster ergibt sich aus der Organisation von selbst, schließt aber keinesfalls aus, daß neben diesen Leistungen auch Geld nach Berlin geschickt werden kann.

Vock: Das ist nicht persönlich. (Geiterkeit.)

Zur Geschäftsordnung beschwert sich **Vosselt**=Niederbarnim darüber, daß die Unterstufungsfrage für die gestellten Anträge erst nach dem Referat Muer's gestellt worden sei, so daß Muer sie bereits abfällig kritisieren konnte und so dazu beigetragen habe, daß sie jetzt ohne weiteres in die Verfertigung verschwänden. (Geiterkeit.) Das rufe Unzufriedenheit unter den Genossen hervor.

Im Schlußwort bemerkt **Muer**: Ich habe niemals die Forderung gestellt, keine neuen Delegirten auf den Parteitag zu entsenden. Gegen derartige Unterstellungen muß ich mich verwahren. Ebenso habe ich Niemandem einen Vorwurf wegen mangelnder Opferwilligkeit gemacht. Im Gegentheil, die Opferwilligkeit steigert sich progressiv. Ich habe nur von der Organisation und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit gesprochen und den Gedanken der Zentralisation zum Ausdruck gebracht. Man sollte doch nicht offenkundige Thatsachen ins Gegenteil verkehren, um auf einen Gegner loszuschlagen, den man sich nur supponirt. Für einen Gegner, den man sich selbst zurecht macht, kann ich keine Verantwortung übernehmen. (Sehr wahr!) Es ist auch nicht richtig, daß die Beiträge jetzt weniger reichlich fließen müssen als früher, weil jetzt die Gewerkschaftsbewegung Geld erfordere. Eine Gewerkschaftsbewegung hat es vor dem Sozialistengesetz im Verhältnis gegeben wie jetzt. Ich behaupte sogar, daß je stärker die Gewerkschaftsorganisationen sind, desto reichlicher auch die Mittel für die Parteiorganisation fließen werden. (Zustimmung.)

Dann noch ein Wort an den Genossen Scherm! Daß ich nur einige Beispiele aus Süddeutschland angeführt habe, und nicht auch aus Norddeutschland — wie es meine Absicht war — lag daran, daß ich heute plötzlich ganz unvorbereitet das Referat übernehmen mußte und meine Notizen nicht hier hatte. Ich gebe ausdrücklich zu, daß ganz dieselben Verhältnisse wie in Süddeutschland auch für ganze Provinzen und Länder Norddeutschlands zutreffen. Es ist also ganz falsch, von Spizzen gegen Süddeutschland zu reden. Ich weiß

ja, daß das zu Scherm's Verhältnis mir gegenüber gehört. Ich will es ihm auch nicht aus dem Herzen reißen, es würde ihm sonst ein Stück fehlen. (Geiterkeit.) Ich liebe meine Landsleute gerade so wie sie sind. (Große Geiterkeit.) Daß mein Appell auf dem Frankfurter Parteitag nicht die Ursache gewesen ist, daß die Bayern mehr gezahlt haben, davon nehme ich Notiz; da habe ich mich eben geirrt. Ich begnüge mich mit der Thatsache, daß mehr Geld geschickt ist, ich stehe auf dem bekannten Standpunkt: Wenn es nur kommt; wo es herkommt und wie, das ist mir gleich. (Große Geiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß es sehr angemessen war, gegen den Provinzialismus ins Feld zu ziehen, der die Partei zu übermühen droht. (Sehr gut!) Mein Parteigewissen zwang mich, so zu reden, wie ich geredet habe, ohne daß ich Sottisen und Bosheiten gegen irgend Jemanden bringen wollte. Martiffe irrt sich in Bezug auf das schleswig-holsteinische Organisationsstatut in der That; ich will nur konstatieren, daß 13 Orte der Provinz in abgelaufenen Jahre 5166,80 Mk. an die Parteikasse abgesandt haben, — damit will ich schließen und Sie nur bitten, meine Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Vock theilt unter lebhaftem Beifall ein Telegramm mit, wonach die Genossen Dr. David und Haas mit 118 Stimmen in den hessischen Landtag gewählt sind.

Da morgen Abend ein Festkommers zu Ehren der Delegirten stattfindet, wird von 9 bis 3 Uhr mit einer halbstündigen Pause getagt werden.

Begrüßungstelegramme sind eingegangen von dem Deutschen Leseklub in Paris, von französischen Genossen aus Lille und von der ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Schluß gegen $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

9 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Von der Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei Russisch-Polens ist ein Begrüßungsschreiben eingetroffen.

Die Mandatsprüfungs-Kommission wird mit der Prüfung von Beschwerden beauftragt, die seitens der Genossen Kiepling und Pistorius aus Braunschweig und der Frau Gubela aus Berlin an den Parteitag gerichtet sind.

Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über den **Arbeiterchutz**. Diese Materie berühren die Anträge: 55, 56, 70, 71, 72, 73, 78, 79, 80 und 81.

Berichterstatter **Wurm**: Mit dem Fall des Sozialistengesetzes trat eine Wandlung in der Behandlung des Arbeiterschutzes ein. Während wir auf den Parteitagen 1890 und 1891 noch das minder große Vergnügen hatten, uns mit denen herumzupretzen, die Anbahnung von Reformen für einen Unsinn erklärten, ist dieser Standpunkt heute schon längst überwunden. Die Partei blieb unerschüttert ihren alten Grundsätzen getreu. Wir müssen alle Mittel benutzen, um die Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung durch den Kapitalismus zu schützen und sie widerstandsfähig für den Kampf zu machen. Das ist aber nur möglich, wenn wir auf allen Gebieten Schritt für Schritt Terrain zu erobern und die politisch und wirtschaftlich Rechtlosen zu schützen suchen. Dieser Schutz ist es, der als Arbeiterschutz unsere Thätigkeit in erster Linie in Anspruch nimmt. Unsere Bewegung in Deutschland ist nach zwei Seiten thätig, nach der politischen und nach der gewerkschaftlichen, und so lange diese beiden Organisationen bestehen, sind von jeher einzelne Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung mit Vertretern der politischen Bewegung in Differenzen gerathen

über das Gebiet, auf dem sie thätig zu sein haben. Stets hören wir von Seiten der Gewerkschaftler, daß die Politiker sich zu wenig um sie kümmern, und die Politiker klagen darüber, daß die Gewerkschaftler sie nicht genügend unterstützen. Wer aber vorurtheilslos ist, der muß zugeben, daß es keinen politisch thätigen Genossen giebt, der nicht die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften fördert, wohl aber ist oft das Umgekehrte der Fall. (Sehr richtig!) Es giebt Gewerkschafter, die mit ihrer Betheiligung an der politischen Bewegung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Uns Politikern wird eine Grenze gezogen durch die Gesetzgebung und durch die Art der gewerkschaftlichen Organisation selbst. Während die politische Partei den Kampf zu generalisiren hat, ihn gegen das Unternehmertum in seiner Gesamtheit führt, ist die Thätigkeit der Gewerkschaften eine örtliche und berufliche. Daraus ergibt sich auch die Unmöglichkeit, den gewerkschaftlichen Kampf gegen das Unternehmertum in seiner Gesamtheit gleichzeitig und gleichartig zu richten. Eine Reihe von Anträgen geht aber darauf hinaus.

Es sind zunächst aus Frankfurt und Dresden Vorschläge gemacht worden. Die Frankfurter Vorschläge boten, wie später allgemein anerkannt wurde, nichts Neues, und so weit das der Fall war, waren sie undurchführbar. (Vereinzelter Widerspruch.) Es scheint hier noch jemand zu sein, der nicht zugeben will, daß ein Rückzug angetreten ist. Mit Statistiken über die Lohnlage beschäftigen sich ja die Gewerkschaften schon lange, das ist ja etwas ganz Selbstverständliches; der Dhoruser scheint da nicht mit der Geschichte und Thätigkeit der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu sein. Wenn in den Frankfurter Vorschlägen (Zwischenrufer: Arbeiterschutz! Alles schon erledigt!) — bisher ist nur das Persönliche erledigt — wenn da vorgeschlagen wird, die Gewerkschaften sollen Vorschläge für gesetzlichen Arbeiterschutz machen, so ist, abgesehen von vereinspolitischen Bedenken, die leicht auftreten können, die Gefahr einer Puscherei vorhanden.

Die Vorschläge von Dresden, die Genosse Parvus zuerst in einer Broschüre aussprach, haben viel mehr Verlockendes, sind viel interessanter als die Frankfurter. Bei ruhiger Ueberlegung sehen wir aber doch bald, daß auch sie in den Fehler verfallen, zu generalisiren, allgemeine Vorschriften geben zu wollen. In dem ersten Theil der Anträge, zu denen sich die Parvus'schen Vorschläge verdichtet haben, wird auf die steigende Konjunktur, auf den wirtschaftlichen Aufschwung in der Kulturwelt, auf das Eintreten der asiatischen Staaten in die Wirtschaftsbewegung als eminenten Faktor hingewiesen und damit motivirt, es sei die Zeit gekommen, mit größerem Nachdruck als bisher für eine Besserung der Misère des arbeitenden Volkes einzutreten und eine umfassende Agitation für den Achtstundentag nunmehr zu beginnen. Wo aber haben bis jetzt die Gewerkschaften Gewehr bei Fuß, wo haben sie stillgestanden, wenn sich eine steigende Konjunktur bemerkbar machte? Im Gegentheil, man mußte ihnen oft eher den Vorwurf machen, daß sie zu hastig vorgegangen sind. (Sehr richtig!) Die Hauptwirksamkeit der Gewerkschaften besteht nicht in den Lohnkämpfen, die sie führen, um die Unternehmer zu Konzessionen zu zwingen, sondern in ihrem bloßen einfachen Vorhandensein, durch das das Unternehmertum gehindert wird, die Lage der Arbeiterschaft noch weiter herunter zu drücken. Wenn man einer Bewegung neue Bahnen weisen will, muß man die alten kennen, und wenn man der Reichstagsfraktion Vorschriften machen will, muß man die Thätigkeit der Fraktion genau verfolgt haben. Schon im November 1895 haben wir im Reichstag den Antrag eingebracht, der sich mit dem Arbeiterschutz befaßt und den Achtstundentag verlangt. Es heißt also offene Thüren einrennen, wenn man von uns jetzt erst die Einbringung eines Gesetzesentwurfes fordert. Denn darauf wird man sich wohl nicht feilen wollen, daß gerade wir den Gesetzesentwurf einbringen. Für die Ausarbeitung der Einzelheiten

eines Gesetzesentwurfes, dessen Grundgedanken durch unseren Antrag gegeben sind, ist die Regierung da. Wir brauchen auch nicht für die Staatswerkstätten den Achtstundentag besonders zu verlangen, wenn wir seine allgemeine Einführung fordern. Es heißt den Parlamentarismus überschätzen, wenn man sich von der Einbringung eines ausgearbeiteten Gesetzesentwurfes mehr verspricht, als von Anregungen bei der Staatsberathung. Bei der Staatsberathung aber haben wir beständig darauf hingewiesen, wie wenig die Staatsbetriebe Musterbetriebe sind. Wir haben in der Staatsberathung mit größtem Nachdruck die Regierungen, im Reichstag und in den Landtagen, wo wir eine Vertretung haben, auf ihr Versprechen hingewiesen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollen. Genau dasselbe gilt von der planmäßigen Propaganda in öffentlichen Versammlungen und in der Presse für den Achtstundentag, von dem energischen Eintreten für die gewerkschaftliche Propaganda in Staats- und Gemeindebetrieben. Also alle diese Forderungen der Vorschläge von Parvus rennen offene Thüren ein.

Wenn dann Parvus weiter verlangt, daß wir im Falle der Reichstagsauflösung die Lösung des achtstündigen Normal-Arbeitstages ausgeben sollen, so heißt das doch die werdende Kraft eines solchen Antrages weit überschätzen. Die Masse der Bevölkerung, die für die Reichstags-Wahlen ausschlaggebend ist, hat vorläufig noch wichtigere Forderungen.

Glauben Sie wirklich, daß wir die Landbevölkerung gewinnen, wenn wir die Forderung des Achtstundentages zur Lösung bei den Wahlen machen? Selbstredend haben wir in den Wahlversammlungen stets unser Programm aufgestellt und keine unserer Forderungen verschwiegen, wenn wir auch die aktuellen Fragen, z. B. die Gefahren des Militarismus in den Vordergrund stellten. Daß bei allen Streiks, bei allen Kämpfen die Reduktion der Arbeitszeit zunächst anzustreben ist, ist selbstverständlich.

Die übrigen Anträge, die zum Parteitag eingelaufen sind, betreffen eine Reihe von Punkten, die ebenfalls längst von uns im Reichstage behandelt wurden.

Die Forderungen des Antrages 56 verwirklichen wir, soweit wir können. Wir agitiren, organisiren, klären auf, aber wir haben mit dem Widerstand des Kapitalismus zu rechnen. Die Beseitigung der elenden Zustände in der Hausindustrie liegt schließlich doch selbst in den Händen der kapitalistischen Entwicklung. Schon sehen wir in einzelnen Industrien, wie das Großkapital selber es ist, das der übergroßen Ausbeutung in der Hausindustrie entgegentritt. Unsere Aufgabe ist es, Material zu sammeln, das die scheußlichen Zustände in der Hausindustrie aufdeckt. Wir verlangen daher die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Hausindustrie, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie, weil sie das sicherste Mittel ist, das Schwitzsystem zu beseitigen.

Dem Antrag 70 aus Krefeld, der jede Kündigung in Arbeitsverhältnissen ausschließen will, muß ich ablehnend gegenüber stehen. Wir müssen berücksichtigen, daß der Arbeiter der wirtschaftlich Schwächere ist, daß er den größeren Schaden hat, wenn er plötzlich aus der Arbeit auf die Straße gesetzt wird. In der Praxis hat der Arbeiter schon jetzt in den meisten Fällen die Möglichkeit, wenn er die Arbeit niederlegen will, es zu thun.

Dem Antrag 71 betreffend die Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter in Ziegeleien wird die Reichstagsfraktion Folge geben. Wir werden den schädlichen Einfluß der verlängerten Arbeitszeit dieser Klasse von Arbeitern zur Sprache bringen, wie wir ihn in der Presse, speziell im „Vorwärts“, bereits zur Sprache gebracht haben, und ich hoffe, daß der Bundesrath die Verordnung vom 1. Januar 1894 nicht erneuert, zumal da auch in Beamtenkreisen die Meinung verbreitet ist, daß die verlängerte Arbeitszeit auf die jugendlichen Ziegeleiarbeiter schädlich wirkt.

Die Resolution 73 gehört zu denen, die auf Grund der Vorschläge von Parvus entstanden sind. Der darin verlangte ständige Ausschuß der Fraktion

für Arbeiterschutzesgesetzgebung ist in der allein möglichen Form bereits vorhanden. Bereits jetzt tritt in der Fraktion eine Teilung der Arbeit ein. Sobald wir unsere Tätigkeit beginnen, verteilen wir den Arbeitsstoff unter uns und wählen, wenn es nötig wird, Unterabteilungen. Haben wir juristische Angelegenheiten vor uns, so wenden wir uns an unsere Juristen; beschäftigen wir uns mit Arbeiterschutzesfragen, so wählen wir eine Unterkommission, die das Material sammelt und die Arbeit vorbereitet. Das wird auch in Zukunft geschehen. Wenn die Resolution aber verlangt, daß der ständige Ausschuß seine Tätigkeit auch außerhalb der Fraktion entfaltet, daß er eine besondere Aktion für den Achtstundentag u. s. w. inszeniert, daß er rednerische Kräfte für diese Agitation wirbt, so traut dies Verlangen dem gewünschten Ausschuß geradezu Zauberkraft zu. Woher soll er mehr rednerische Kräfte nehmen, als schon jetzt in der Agitation tätig sind. Mehr als jetzt geschieht, kann der ständige Ausschuß auch nicht leisten. Wo ist der Beweis, daß wir nicht unsere Schuldigkeit bisher gethan haben? Wir können viel eher von uns sagen, daß wir mit Arbeit überhäuft sind, als daß wir auf der Wärendhaut liegen. Wenn man dann weiter vom Ausschuß verlangt, Flugblätter, Broschüren abzufassen, das ganze Material über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland und im Auslande zu beachten und die periodische amtliche Statistik zu verfolgen, so weist man ihm die Tätigkeit eines Arbeitersekretariats zu, wie es in der Schweiz besteht. Wenn der Ausschuß sich als Arbeitersekretariat konstituieren wollte, wie sollte er die Kräfte zentralisieren, wie sollte er da noch agitieren können? Anfänge werden ja auch schon bei uns gemacht, z. B. in Nürnberg; aber dergleichen läßt sich nicht künstlich aufsprießen, das kann sich nur organisch entwickeln, wo die Kräfte und Bedingungen vorhanden sind. Was Gutes in dem Antrag, ist eine Teilung der Arbeit in der Fraktion, das haben wir jetzt schon. Aber das andere, eine Tätigkeit auch außerhalb der Fraktion, ist undurchführbar.

Zum Antrag 78 betr. den Achtuhr-Ladenschluß, beantragen wir folgende Resolution:

„Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nachtarbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft dieses bischen Arbeiterschutzes verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der kaufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachteiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten.“

Der gesetzliche Achtuhr-Ladenschluß, der jetzt dem Bundesrath vorgelegt ist, ist ein ganz ungenügender Schutz und enthält für alle die, die nicht als Kommités beschäftigt sind, eine große Schädigung, da für diese Leute Ausnahmebestimmungen zugelassen sind. Diese Verfügung ist nichts weiter, als eine Verwässerung des Arbeiterschutzes, und nur eine ganz geringe Abschlagszahlung. Dabei bringen die Kapitalisten noch das Demagogentumstück fertig, sich in den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit zu hüllen und zu sagen, es liege nicht im Interesse der Arbeiter, wenn die Läden um 8 Uhr geschlossen werden. Kein einziger Arbeiter, gleichviel in welchem Beruf er tätig ist, erblickt in dem frühzeitigen Ladenschluß eine Schädigung seiner Interessen. Wir können darauf hinweisen, daß in Württemberg der Achtuhr-Ladenschluß schon existiert, daß eine Anzahl von Konsumvereinen ihn eingeführt haben und die Arbeiter überall damit zufrieden sind. Selbstverständlich bringt das hier und da Rücksichtslosigkeit in der Uebergangszeit Unbequemlichkeiten und Schädigungen mit

sich. Wir treten aber für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Arbeitsmittel und der Arbeiter im schwarzen Rock ein. Das Verhalten der Prinzipale, die auch die bescheidensten Forderungen verweigern, wird hoffentlich die Handlungsgehilfen von ihrem Kastendünkel, in dem sie sich zum groben Theil jetzt noch befinden, befreien und sie lehren, daß sie nur ohne Kompromisse, ohne Verföhnlichkeit und Rechnungsträgererei gegenüber dem Unternehmertum ihre Lage bessern können und zwar durch eine straffe Organisation, durch die sie sich auf denselben Boden stellen, wie die andere Arbeiterschaft. Die sozialdemokratischen organisierten Handlungsgehilfen haben die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik zurückgewiesen und weitergehende Forderungen gestellt.

Für den Antrag 80 scheint Niemand die Vertretung übernehmen zu wollen. Ich glaube, Sie werden ihn ohne Weiteres ablehnen. Wir sollen nach diesem Antrage zur besseren Wehrfähigkeit eine Organisation schaffen, in der die direkten Selbunterstützungen möglichst in Wegfall kommen und statt deren produktive Arbeit als Unterstützung tritt. Sollen das etwa Produktivgenossenschaften sein? Oder Arbeiterkolonien (Heiterkeit und Sehr gut!), in denen wir den gemäßigten Genossen Unterkunft schaffen? Oder sollen die Genossen dem Arbeiter, der sich eine neue Existenz als Händler, als Handwerker schafft, durch Bezug der Waaren unterstützen? Letzteres hat noch am meisten für sich; denn es ist Thatsache, daß es an solcher Unterstützung durch die Genossen noch vielfach mangelt. Die Frage der Produktivgenossenschaften noch zu erörtern, ist auf diesem Parteitage nicht nötig. Unter der jetzigen kapitalistischen Ordnung können die Produktivgenossenschaften kein Kampfmittel für die Arbeiterbefreiung, kein programmatisches Kampfmittel für unsere Forderungen sein. (Beifall.)

Der Antrag 81 betreffend Einsetzung einer Kommission zur Sammlung von Material ist zu allgemein. Das Material wird von unserer Presse gesammelt, und wenn es ernstlich darum zu thun ist, dem steht das Material zur Verfügung. Wenn sich Jemand der Mühe unterzieht, das Material zu sichten, wird er genügend Stoff für die Agitation besitzen. Den Standpunkt, den wir stets vertreten haben, habe ich Ausdruck gegeben in folgender Resolution:

„Der Parteitag erklärt: Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutzes war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse wiederholt ausgesprochen hat. Auch fernerhin wird sie ihre Kraft einsetzen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung zu gestalten.“

Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. Wir wissen, daß wir die Zukunft nur erreichen können, wenn wir in der Gegenwart kämpfen. Wir müssen unsere wirtschaftliche Lage und unsere politische Macht stärken. Das kann aber nur erreicht werden, wenn wir bei jeder Gelegenheit auf dem Posten sind und überall unsere Forderungen vertreten. Dazu gehört der Arbeiterschutzes, für den wir eingetreten sind, und für den wir auch ferner agitieren werden, so wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Resolution beginnend: „Der gesetzliche Acht-Uhr-Ladenschluß“ (S. 146) liegen zwei Amendements vor. Das erste von Adler-Halberstadt verlangt, an das Ende des ersten Satzes hinter „Personen“ folgende Worte einzuschalten: „auf Verkürzung der Arbeitszeit“.

Von demselben Antragsteller rührt das zweite Amendement her:

Am Schluß der Resolution wird folgender Satz hinzugefügt:

„Deshalb erwartet der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Acht-Uhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit.“

Außerdem beantragen Mollenhuth und Genossen:

„Der Parteitag wolle unter Annahme der beiden vom Referenten eingebrachten Resolutionen sämtliche zu diesem Punkte gestellten Anträge für erledigt erklären.“

Eine Anzahl Genossen beantragen:

„Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, dem Reichstag einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte vorzulegen.“

Singer: Diese Anträge werden die Genossen wohl zurückziehen, wenn sie hören, daß die Fraktion einen Antrag auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte bereits eingebracht hat. Da kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich den Antrag für erledigt. Die übrigen Anträge und Amendements stehen mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

Adler-Galberstadt: Im Antrag 72 finde ich eine alte Liebe von mir (Heiterkeit), die Beseitigung der Gesinde-Ordnung. Da diese Forderung aber mit anderen verknüpft ist, die meiner Ansicht nach abgelehnt werden, beantrage ich gesonderte Abstimmung. Nun zu meinen Amendements.

Das Ideal des Achtuhr-Ladenschlusses ist der Achtstundentag. (Widerspruch.) Gerade die Handelsangestellten gehören zu den geplagtesten aller Arbeiter. Wie verkürzt man nun ihre Arbeitszeit? Ihre Organisationen sind zu schwach, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Der einzige Weg zu dieser Verkürzung ist der Achtuhr-Ladenschluß. Das ist eine ungeheuer bescheidene Forderung, und doch hat sie augenblicklich wenig Aussicht auf Verwirklichung, nachdem Verlepsch gegangen ist. Sein Nachfolger wird wohl mehr auf die Stimme der Unternehmer, als auf die schwache Stimme der Kommis und Hausdiener hören. Mit um so größerem Nachdruck muß diese Forderung von uns erhoben werden. Erstens kürzt der Achtuhr-Ladenschluß ein klein wenig die Arbeitszeit. Zweitens verringert er die Schaar der Unbeschäftigten im Handel, weil durch ihn die Einkaufszeit in den Geschäften zusammengedrängt wird und die Prinzipale die Intensivität der Angestellten nicht steigern, sondern mehr Kräfte einstellen müssen. Drittens ist der Achtuhr-Ladenschluß ein Hemmnis für die Lehrlings- und Laufjungen-Ausbeutung. Aber er liegt auch im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung. Noch schließen viele Fabriken um 8 Uhr oder noch später. Sind die Geschäfte um 8 Uhr geschlossen, so empfinden die noch indifferenten Arbeiter den Schaden ihrer langen Arbeitszeit besonders empfindlich. Ein Keil treibt den andern. Ferner wird der Achtuhr-Ladenschluß einen früheren Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend oder wenigstens die Freitag-Lohnzahlung herbeiführen. Mit dem Achtuhr-Ladenschluß-Siga, mit dem Arm in Arm gehen der vorgeschrittenen Elemente der Handelsgehilfen mit reaktionären Handelsgehilfen bin ich nicht einverstanden. Dies Ruddleimuddel müssen wir verdonnern.

Die Resolution Wurm's entspricht meinen Anforderungen nicht. Sie geht mir nicht weit genug, ich will, daß der Parteitag auch ein bestimmtes Vertrauen zu der wirklichen Vertretung der Arbeiter ausspricht, und deshalb sage ich in meinem zweiten Amendement, daß der Parteitag von der Fraktion bei jeder geeigneten Gelegenheit energisches Eintreten für die Herbeiführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses als eines Schrittes zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Ich weiß sehr wohl, daß der Achtuhr-Laden-

schluß so bald nicht Gesetz wird, und wenn er Gesetz wird, dann ist auch noch nicht viel erreicht. Der Vorteil liegt darin, daß wir die Handlungsgehilfen, wenn wir sie erst für den Achtuhr-Ladenschluß gewonnen haben, auch noch weiter bringen, und — (Glocke des Präsidenten) — ich bin gerade fertig. (Große Heiterkeit.)

Leutert-Appolda: Die Anträge werden, auch wenn sie abgelehnt werden, doch der Reichstagsfraktion gegenüber der Kapitalistenklasse einen starken Rückhalt geben. Sie legen Zeugnis ab für das Verlangen der großen Massen des Volkes. Zahlen beweisen, daher müssen immer und immer Erhebungen über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitslosigkeit angestellt werden — nicht nur gelegentlich und theilweise, wie bei der Zählung vom 2. Dezember 1895, sondern so, daß der kapitalistischen Klasse ein Spiegelbild der Verhältnisse vorgehalten wird. In der Textil-Industrie ist die aufsteigende Konjunktur nicht vorhanden. Die Entwicklung und die Verhältnisse zu beleuchten, muß unsere Aufgabe sein; aber wir dürfen nicht solche Forderungen stellen, wie in dem unerhörten Antrage 80 mit seinen unklaren Forderungen von der Produktivität. Wer solchen Antrag stellt, müßte doch erst etwas länger in der Bewegung stehen und vor allem sie etwas mehr begriffen haben.

Sichorn-Dresden: Die aufsteigende Konjunktur besteht, wenn auch einige Genossen sie jetzt leugnen wollen, und die Gewerkschaften müssen sie sich zu nutze machen. Bisher haben sie ihre Kämpfe doch zum theil in sehr planloser Weise geführt, und das wollen wir ändern. Der Berliner Gewerkschaftskongress hat seine Aufgabe nicht erfüllt. Hinsichtlich der Frankfurter Vorschläge stimme ich Wurm zu; aber die Parvus'schen Vorschläge, denen wir Dresdener Genossen uns angeschlossen haben, habe ich zu vertreten. Die Agitation für den Achtstundentag wird bis jetzt eigentlich nur bei der Maisfeier betrieben, sonst aber im ganzen Jahre geschieht dafür sehr wenig. Wir wollen eine umfassende, planmäßige Agitation, wenn ich auch den Punkt aus unserem Antrage preisgeben will, der den Achtstundentag zum Stichwort bei Reichstags-Auflösungen machen will. Mit spezialisirten Vorschlägen, wie Einführung des Achtstundentages in Staatsbetrieben, kann man doch sehr viel erreichen. Wenn ich die Nothwendigkeit der Zweitheilung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung mit dem Genossen Wurm auch anerkenne, so meine ich doch, daß die Gewerkschaften bestimmte Direktiven für Lohnkämpfe nach gewissen Richtungen hin beschließen; bisher wurden bei einzelnen Streiks die Kräfte vielfach auf Einzelheiten zersplittert und die Hauptsache aus dem Auge gelassen. Wir wollen ferner einen Ausschuß aus der Fraktion gebildet haben, nicht um neues zu schaffen, sondern die bisherige Thätigkeit auszubauen, damit mehr geschieht als bisher. Das wird aber durch die Resolution, die Wurm vorschlägt, in keiner Weise erreicht. Ich muß sagen, mich hat ebenso wenig wie sein Referat die Resolution befriedigt. (Sehr wahr.) Ich hatte erwartet, sie würde wenigstens viele Worte enthalten und garnichts sagen; statt dessen enthält sie aber wenig Worte und sagt erst recht nichts. (Heiterkeit.)

Stadthagen: Ich bitte Sie, das Amendement Adler, in welchem gefordert wird, daß der Parteitag den Achtuhr-Ladenschluß für eine Verkürzung der Arbeitszeit erklärt, abzulehnen. Was ist denn an dem Vorschlag der Reichskommission so Großes dran? Die Läden sollen nur von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends offen gehalten werden dürfen, es sollen die Handelsangestellten nur eine halbe Stunde nach 8 Uhr beschäftigt werden dürfen. Die Maximalarbeitszeit würde also 15 $\frac{1}{2}$ Stunden betragen, und das nennt Genosse Adler eine Verkürzung der Arbeitszeit! Die jetzige Arbeitszeit beträgt nach den Erhebungen der Kommission im Durchschnitt weniger als 15 Stunden, die Zusammenstellungen der Kommission lege ich hier nieder und stelle sie zur Verfügung. Dazu kommt, daß die, die als Packer verwendet werden, zu den

Arbeiten herangezogen werden dürfen, die vor Eröffnung oder nach Schluß vorgenommen werden müssen, um den regelmäßigen Betrieb des Geschäfts zu ermöglichen. Jedoch soll die ununterbrochene Ruhe mindestens neun Stunden betragen. Wollen Sie wirklich, daß ein sozialdemokratischer Parteitag erklärt, daß er in diesem Vorschlag eine Verkürzung der Arbeitszeit erblickt? Was in der Resolution Wurm vorgeschlagen ist, ist genügend. Die Handelsangestellten können nicht mehr verlangen, als daß die alberne Behauptung der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses, die Arbeiterwelt sei dagegen, in energischer Weise zurückgewiesen wird. Aber wir müssen uns vor einer Ueberschätzung hüten, es giebt in Deutschland Orte, wo der Siebenuhr-Ladenschluß besteht; es giebt außerhalb Deutschlands viel weiter gehende Gesetze, und da sollen wir die 15stündige Arbeitszeit als eine Verkürzung mit Freuden begrüßen! Was die Ausführungen des Genossen Eichhorn betrifft, so halte auch ich eine kräftige Agitation für den Achtstundentag für wünschenswerth, aber wir können auch nicht darüber abstimmen, ob ein geschäftlicher Aufschwung besteht oder nicht. Ich persönlich bin der Ansicht, daß auf vielen Gebieten ein geschäftlicher Aufschwung besteht, nicht aber auf allen, z. B. nicht auf dem Gebiet der Textil-Industrie. Wir können also den in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeitern nicht zurufen: Jetzt ist ein Aufschwung da, nun mal los und für den Achtstundentag eingetreten! Ich vertraue, daß die einzelnen Gewerkschaften und Branchen-Organisationen die Augen auch ohne Beschluß offen halten und sehen in der Parvus'schen Anregung einen schätzenswerthen Antrieb hierzu. Die Einsetzung eines Ausschusses zur Sammlung von Material halte ich für überflüssig, ich fürchte daraus auch Konfusionen zwischen ihm und anderen Organen der Partei.

Eine ganz außerordentliche Gelegenheit, für den Arbeiterschutz als solchen zu agitiren, bietet uns die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Da ist der Arbeitsvertrag nicht einheitlich geregelt, und die Kommission hat eine Resolution angenommen, daß eine einheitliche Regelung stattfinden soll. Hier ist der Punkt, wo die Parteipresse und die einzelnen Genossen mitwirken können, denn diese Frage ist aktuell. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß wir die Forderungen unseres Programms nicht so nebenher aufgestellt haben, sondern aus der Erkenntniß der wirtschaftlichen Zustände heraus. Das Charakteristische unserer heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist ja, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft als Waare für einen fremden Betrieb verkauft. Von diesem Grundsatz, den wir alle unterschreiben müssen, müssen wir bei der Betrachtung von Arbeitsverträgen, Arbeitsrecht und Arbeiterschutz ausgehen. Wenn ich Verkäufer meiner Arbeit bin, so muß ich persönlich frei sein, der Arbeiter darf nicht persönlich gebunden sein; beim Arbeitgeber hingegen ist das nicht nöthig, weil ja dessen persönliche Freiheit dadurch nicht beeinträchtigt wird. Aus dem wirtschaftlichen Bedürfniß folgt nur, daß der Arbeitnehmer jeden Augenblick den Vertrag lösen kann, und nicht, daß die Kündigungsfrist überhaupt aufzuheben ist. In der Konkurrenzklause, im Schwitzsystem und in vielem anderen liegt eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Der Arbeiter muß rechtlich frei sein, er muß also auch gesichertes Koalitionsrecht haben, wenn er seine Arbeitskraft verkaufen soll. Wir haben, abgesehen von diesen Erfordernissen, auch damit zu rechnen, daß der rechtlich freie thatsächlich noch nicht frei ist, und deshalb verlangen wir schon vom heutigen Staat, daß er bestimmte Festsetzungen macht, die durch freie Vereinbarungen nicht verhindert werden dürfen. Dazu gehört vor allen Dingen die gesetzliche Reduzirung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß. Kleine Ansätze zur Besserung liegen ja in der Gewerbe-Ordnung, ich weise nur hin auf die gleichmäßige Kündigungsfrist, auf die Bestimmungen über Lohnzahlungen, auf das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter, auf die bundesrätlichen Bestimmungen über den Maximal-Arbeitslag. Wir haben im Bürgerlichen Gesetzbuch manche weiter-

gehenden Bestimmungen, wir haben z. B. durchgesetzt, daß die Werkstätten und Läden nicht gesundheitschädlich sein dürfen. Es ist unmöglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, am besten werden wir vielleicht dem Wunsche weiter Kreise gerecht, wenn wir diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen und vielleicht einen diesbezüglichen Gesetzentwurf hier debattiren. Das wäre aktuell. Die Frage, ob in einer ganz bestimmten Weise die Agitation in die Wege geleitet werden kann, können wir hier nur anregen. Das ist geschehen. Ein Beschluß darüber ist unnöthig, weil er doch nicht ausgeführt werden kann. (Beifall.)

Baudert-Apolda: Alle Genossen haben den Wunsch, durch Arbeiterschutz ihre Lage zu verbessern, leider sind sie aber nicht eifrig genug, Gesetzesübertragungen der Kapitalisten der Parteipresse und der Fraktion mitzutheilen. Dadurch kann manches erreicht werden. Von einer Verbesserung der Konjunktur habe ich nichts bemerkt. Redner polemisiert gegen einen Fabrikinspektor, der in seinem Berichte behauptet, das Verlangen nach weiblichen Fabrikinspektoren sei ihm nirgends entgegengetreten und die Arbeiter führten die meisten Unfälle durch Unachtsamkeit selber herbei.

Bömelburg-Hamburg: Wollte man das Interesse an dieser Frage nach den leerstehenden Stühlen und der großen Unaufmerksamkeit der Genossen beurtheilen, so muß man sagen: hervorragend ist es nicht. Zum Theil mag dies am Referate liegen, dem die höheren Gesichtspunkte fehlten. Parvus hat recht. Der Agitation für den Achtstunden-Tag fehlte bisher der einheitliche Charakter. Auf die Gesetzgebung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen. Im besten Falle entschließt man sich, im Laufe der Jahre den elf- oder zwölfstündigen Normal-Arbeitslag einzuführen; die Gewerkschaften sind schon heute viel weiter und die Gesetzgebung hinkt ihnen nach. Nur auf die Gewerkschaften können wir bei der Verkürzung der Arbeitszeit rechnen, deshalb muß eine allgemeine einheitliche Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit und dazu eine kräftige Propaganda für die Gewerkschaften eingeleitet werden, damit sie diese Aufgabe erfüllen können. (Zustimmung.)

Noch auf zwei andere Fragen des Arbeiterschutzes möchte ich die Aufmerksamkeit der Parteigenossen lenken. Ich meine die Unfallverhütung und die Gewerbe-Inspektion. Mit der Unfallverhütung ist es wahrhaft traurig bestellt. Die Zahlen des Reichs-Versicherungsamtes enthüllen ein haarsträubendes Bild. Ich wundere mich, daß dieses ausgezeichnete Agitationsmittel von unseren Rednern nicht mehr benutzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Statt dessen beschäftigt man sich fortwährend mit alten, abgethanen Dingen. Ich habe eine Zusammenstellung der Unfälle in den Jahren 1888 bis 1894 vor mir. Hiernach sind in dieser Zeit bei 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften 1 110 442 Unfälle und bei den landwirthschaftlichen 277 019 Unfälle, zusammen also 1 387 461 angemeldet worden. (Hört! hört!) Die wirkliche Ziffer ist dabei noch viel höher, nach meiner Schätzung um mindestens 35 pCt. Von diesen Unfällen haben nicht weniger als 36 046 zum Tode des verunglückten Arbeiters geführt. (Hört! hört!) Wenn wir früher an den Straßen Krüppel sitzen sahen, ohne Beine, ohne Arme, so konnte man annehmen, daß es Kriegsinvaliden waren; von denen aber, die wir heute sehen, können wir mit Gewißheit annehmen, daß es Opfer der kapitalistischen Produktion sind. (Lebhafte Zustimmung.) Und dabei kann man bei der Taktik der Berufsgenossenschaften sagen, es wäre für viele von ihnen besser gewesen, wenn auch sie gleich jenen 36 000 bei dem Unfall sofort ihr Leben verloren hätten. Von der Gesamtzahl der Unfälle in den sieben Jahren führten nach den Angaben der Berufsgenossenschaften 14 895 zu dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit, 174 678 zu dauernder und theilweiser Erwerbsunfähigkeit und 84 455 zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit der Verletzten. (Hört! hört!) 22 662 Wittwen mit 45 929

Kindern waren zu unterstützen. (Hört! hört!) Und diese Unterstützung ist absolut unzulänglich. Das allerbitterste Elend verkörpert sich in diesen Zahlen. (Sehr wahr!) Und diese Zahlen sollten in der Agitation verhandelt werden. Nun haben die Berufsgenossenschaften ja Unfallverhütungs-Vorschriften erlassen. Aber werden sie befolgt? Wir haben konstatiert, daß sich im Baugewerbe 75 pCt. der Unternehmer um diese Vorschriften nicht kümmern. Selbst Vertrauensleute der Berufsgenossenschaften haben die Vorschriften nicht durch Aushang den Arbeitern zur Kenntniß gebracht. (Hört! hört!) Weshalb kümmern sich die Berufsgenossenschaften nicht um die Befolgung ihrer Vorschriften, die doch in ihrem Interesse liegt? Einfach deshalb nicht, weil dann die intensive Ausbeutung der Arbeitskraft in einem so uneingeschränkten Maße nicht möglich ist. Eine recht energische Agitation zur Beseitigung dieser Mißstände muß entfaltet werden.

Vorausichtlich hat sich der Reichstag in nächster Zeit mit der Novelle zur Unfallversicherung zu beschäftigen. Gewiß wird unsere Fraktion alles thun, um die kranken Zustände, wie sie jetzt bestehen, zu beseitigen. Wenn wir ihr aber nicht durch eine großartige Agitation, durch Mittheilung aller Uebelstände zu Hilfe kommen, dann wird sie nicht viel gegen ihre kapitalistischen Gegner erreichen. (Sehr wahr!) Verbreitet doch diese Gesellschaft — so frech ist sie — sogar, daß die Arbeiter in der Mehrzahl der Fälle selber schuld an den Unfällen sind (Hört! hört!) —, sogar daß sie selber die Unfälle herbeiführten, um Reichsrentner zu werden! (Hört! hört! und lebhafteste Zustimmung.)

Für die Agitation könnte es nicht schaden, wenn die Vorschläge betreffs Kontrolle der Betriebe, die in dem von unserer Fraktion 1890 dem Reichstag vorgelegten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf enthalten waren, durch die Presse in Erinnerung gebracht würden. So lange eine Kontrolle in dem Sinne nicht eintritt, wird die Zahl der Unfälle steigen. Von 1888 bis 1894 ist die Zahl der Unfälle in den gewerblichen Berufsgenossenschaften von 28,64 auf 36,37, in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 1,28 auf 5,59 auf je 1000 versicherte Personen gestiegen. Die Steigerung steht mit der Steigerung der versicherten Personen in keinem Verhältniß. Die Unternehmer höhnen zwar über unser Kontrollverlangen; aber glauben Sie mir, es ist ihnen unangenehm, sie zittern vor einer Kontrolle unter Mitwirkung von Arbeitern. Die Regierung wird ihr Ohr nicht lange verschließen, sie wird schließlich Mittel und Wege der Abhilfe ergreifen müssen. (Lebhafte Beifall.)

Singer theilt mit, daß die italienischen Sozialisten den deutschen Genossen in internationaler Solidarität ihren Gruß geschickt haben.

Darauf tritt eine halbstündige Frühstückspause ein.

Nach der Pause wird um 12¹/₂ Uhr die Debatte über den Arbeiterschutz fortgesetzt.

Timm-Berlin: Wir haben alle Mittel und Wege zu benutzen, die uns zur Verfügung stehen, und versuchen, so viel wie möglich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu erreichen. Deshalb sind die Parvus'schen Vorschläge ganz außerordentlich anregend. Etwas anderes ist es aber mit der praktischen Ausführung, mit der Taktik. Für den Achtstundentag, gegen die Hausindustriellen-Ausbeutung und vor allem für das Koalitionsrecht müssen wir mit der größten Energie, bei jeder Gelegenheit eintreten; wir müssen dazu überall Stellung nehmen, wo es aktuell ist. Aber die Vorschläge von Parvus sind ebensowenig durchführbar wie die Frankfurter. Es lassen sich nicht allgemeine, bestimmte Direktiven für diese Agitation geben; wir müssen uns den Einzelverhältnissen anpassen, wenn wir Erfolge erzielen wollen; wir sind ja durch Gesetze, durch viele Rücksichten eingeengt. Man soll nicht glauben, daß nur etwas Neues gemacht, nur ein neues Organ geschaffen werden muß, damit es schneller geht. Wir haben ja schon schlimme Erfahrungen gemacht mit umfassenden Kämpfen,

wo wir uns über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen haben; hernach kam der Rückschlag und in seinem Gefolge Muthlosigkeit!

Weinheber-Hamburg: Ich schließe mich den Ausführungen des Genossen Bömelburg an und wünsche, daß das, was er erstrebt, auch erreicht wird. Die Versicherungsgesetze haben noch sehr viel Mängel, auf deren Beseitigung die Fraktion hinarbeiten soll, doch ist es nicht zu verlangen, daß die einzelnen Abgeordneten über die zahlreichen Fragen genau unterrichtet sind. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Genossen, unsere Fraktionsmitglieder durch Material zu unterstützen, damit wirklich etwas Ersprießliches zustande kommt. Nehmen Sie die Resolutionen an, sie sagen gerade das, was erforderlich ist.

Frl. Vaader: Die Forderung nach dem Achtuhr-Ladenschluß betrachte ich noch von einem anderen Gesichtspunkt aus. Den kaufmännischen Angestellten ist es wegen ihrer langen Arbeitszeit gar nicht möglich, sich zu organisiren. Der Achtuhr-Ladenschluß gewährt ihnen diese Möglichkeit in etwas und schon deshalb müssen wir dafür eintreten. Unser Ziel muß sein, einen Arbeitsvertrag zu schaffen, der den Arbeiter nicht verhindert, von seinem gesetzmäßigen Rechte (Koalitionsfreiheit) Gebrauch zu machen, wie es jetzt die Verquickung der Miethskontrakte für Arbeiterwohnungen mit dem Arbeitsvertrag in den Kohlenrevieren zum Beispiel bewirkt. Hierauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit mehr als bisher lenken. In das Gebiet des Arbeitsvertrages schlägt auch eine Forderung, die die Hausindustrie berührt und für die Aufklärung der Arbeiterinnen von großer Bedeutung ist. Es ist die Forderung, daß die Unternehmer gesetzlich verpflichtet werden, alle Arbeitsmittel und das ganze Arbeitsmaterial selber zu stellen. Jetzt geben die Näherinnen beispielsweise 33 pCt. ihres Lohnes für Auslagen aus. Dadurch wird für sie ihr niedriger Lohn verschleiert; sie glauben, besser dazustehen, als es thatsächlich der Fall ist. — Derartige Anregungen zu geben, ist die Aufgabe des Parteitages.

Quard: Es ist bereits ausgesprochen worden, daß das dem Genossen Wurm in letzter Stunde aufgedrungene Referat nicht befriedigte. Es fehlten die allgemeinen Gesichtspunkte. Genosse Wurm hätte auch die vorliegenden Anträge geistig mehr verarbeiten sollen, die sich in zweifacher Richtung bewegen: einmal auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und die Staatswerkstätten, und andererseits darauf, daß eine ganze Reihe einzelner Berufe mit Arbeiterschutz versehen wird. Ich erblicke darin einen Beweis dafür, daß wir immer mehr auf einen Spezial-Arbeiterschutz für einzelne Branchen kommen. Wir müssen bei der Erörterung des Arbeiterschutzes von einem höheren Gesichtspunkte ausgehen, auf dem schon Bebel bei der Gewerkschaftsdebatte in Köln a. Rh. hingewiesen hat. Bebel meinte damals, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften durch die soziale Gesetzgebung wesentlich eingeschränkt ist. Aber gerade das Umgekehrte ist richtig, gerade durch die Sozialgesetzgebung sind den Gewerkschaften ganz neue Aufgaben zugefallen, da sie jetzt die soziale Gesetzgebung viel sorgfältiger als bisher zu kontrolliren und zu kritisiren haben. Es ist deshalb falsch, daß die Aufgabe, Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Gesetzgebung zu machen, der politischen Bewegung überlassen bleiben soll. Nein, gerade derjenige, der fortwährend auf der Lauer steht, um Lücken in dem Gesetz zu entdecken, ist auch am besten in der Lage, diese Lücken auszufüllen. Und es ist gar nicht nöthig, erst neue Organisationen für diese Aufgaben zu schaffen, diese Organisationen bestehen bereits, sie sind entstanden aus dem naturwüchsigen Bedürfniß der Arbeiter heraus und nicht durch einen Spintistiren. Weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände keine Politik treiben dürfen, werden öffentliche Gewerkschaftsversammlungen und Branchekongresse zu jenem Zweck abgehalten, Kommissionen und Gewerkschaftstabelle gegründet, und diese Entwicklung kann nicht mehr zurückgeschraubt werden, auch die von uns in Frankfurt angestrebte Zentralisation und Ein-

heitlichkeit dieser Bewegung nicht, man mag dagegen schreiben, wie man will. Ich habe ja zu neuen, besseren Vorschlägen aufgefordert, aber abgesehen von dem Vorschlag von Parvus und abgesehen von einem Vorschlage des Genossen Bod auf Schaffung einer gewerkschaftlichen Korrespondenz für die Gewerkschaftsblätter ist mir nichts zu Ohren gekommen. Die neuen Gewerkschaftsorganisationen sollten zunächst in Provinzialverbänden Fühlung nehmen, bis ein größerer Zusammenhalt, zu dem das Bedürfnis vorliegt, sich herausgebildet hat. Die österreichischen Gewerkschaften stehen auf demselben Standpunkt —

Singer (den Redner unterbrechend): Es handelt sich hier nicht darum, die Stellung der Gewerkschaften als solche zu behandeln. So weit die Vorschläge des Redners mit dem Arbeiterschutz zusammenhängen, habe ich ihn reden lassen, aber über die Gewerkschaften können wir hier nicht diskutieren.

Quard (fortfahrend): Die österreichischen Gewerkschaften befassen sich neben der politischen Partei auf das intensivste mit dem Arbeiterschutz, und es ist niemals zu Kollisionen gekommen. Es ist also kein Grund vorhanden, dies Gespenst heraufzubeschwören. Ich schließe mich im übrigen vollständig den Anregungen des Genossen Bömelburg an, die sich ja mit den Frankfurter Vorschlägen im wesentlichen decken. Eine Zersplitterung wird dadurch nicht hervorgerufen, im Gegenteil, es wird eine größere Einheitlichkeit herbeigeführt, die auch der politischen Bewegung nützt. Wenn die Gewerkschaftsbewegung so weiter wächst, wird man vielleicht einmal froh darüber sein, daß bei Zeiten dieselbe Zentralisation, die mein lieber Freund Auer für die politische Organisation mit Recht wünscht, auch auf diesem Gebiete angebahnt wurde.

Mollenbuhr: Es ist eine nicht neue Erscheinung im wissenschaftlichen und politischen Leben, daß jemand glaubt, mit einem Schlage alle Uebel aus der Welt zu schaffen. Genau so wie die sozialistischen Utopisten aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, glauben auch jetzt manche Leute, ein Universalmittel zu finden; und wenn man ungläubig dagegen ist, dann wird man für böswillig gehalten. Wenn die Sache nicht vorwärts gehen will, dann ist immer einer daran Schuld, natürlich nicht aus den Reihen der Utopisten. Als die Gewerkschaften zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges nicht vorwärts kamen, sollte die Sozialdemokratie daran schuld sein. Jetzt macht Genosse Parvus den Gewerkschaftlern den Vorwurf, nicht auf dem richtigen Wege zu sein. Ja, wenn sie seine Broschüre schon auf dem Berliner Gewerkschaftskongreß gehabt hätten, dann, so glaube er wohl, wäre das Ergebnis bedeutender gewesen. Die Parvus'sche Resolution glaubt auch mit einem Schlage den Achtstundentag erreichen zu können. Ihre Vorschläge klingen ja recht radikal; im Grunde genommen sind sie aber gerade das Gegenteil davon. Wir haben als Sozialdemokraten für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einzutreten; stecken wir ein Loch zurück, werfen wir uns mittels der Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft die Lage des Arbeiters zu verbessern sucht, ausschließlich auf die Erreichung des Achtstundentages, dann sind wir eine soziale, bürgerliche Reformpartei, von der die bürgerlichen Parteien ja schon längst träumen, — dann danken wir aber auch als politische Partei ab. Wenn man eine solche Kritik hört, wie die des Genossen Bömelburg, die übrigens ganz vortrefflich war, wenn man da sagt, das muß gethan werden und das, dann fragt man sich: ja, weshalb hast du das nicht gethan. Mit der Kritik der Unfallversicherung, mit einer Agitation im umfassenden Maße zur Aufdeckung der Schäden der Unfallversicherung ist es kein leichtes Ding. Eine solche große Bewegung läßt sich nicht einfach dekretieren, oder erst dann, wenn die gesamte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften organisiert ist und die Organisationen eine solche Macht besitzen, daß sie alles am Schnürchen haben. Daran aber hapert es gerade bei den meisten Gewerkschaften. Es möge uns doch zunächst gesagt werden,

wie wir die Massen in die Organisation hineinbringen. Ohne dies läßt sich nicht dekretieren: die große Bewegung wird nun gemacht und im nächsten Jahr ist sie da! Da will man schieben, und wenn es zur Ausführung kommt, wird man geschoben.

Gewiß ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, für den Arbeiterschutz zu sorgen, gewiß ist es Aufgabe jedes klassenbewußten Arbeiters, die Gewerkschaften zu stärken, aber wir dürfen nicht ein Stück Sozialismus herausgreifen, sondern müssen unsere ganze Aufgabe in Augen behalten. Durch Beschlüsse wird an dem Verlauf der Dinge nichts geändert. Deshalb bleiben solche Vorschläge, die im stillen Kämmerlein geboren werden, immer auf dem Papier stehen. Durch einen Kongreßbeschuß läßt sich nicht die ganze Welt auf den Kopf stellen. Und deshalb habe ich beantragt, alle Anträge durch Annahme der Barm'schen Resolution für erledigt zu erklären. (Bravo).

Dahlen-Halberstadt: Wenn es nur darauf ankäme, radikale Anträge anzunehmen, um das Ziel, das man sich gesteckt hat, zu erreichen, würden wir es ja sicher thun. Statt seine Kraft darauf zu verwenden, sollte man dafür sorgen, daß das bisher Erreungene gesichert bleibt, wie z. B. die Sonntagsruhe. Was nützt uns ein Ausstand, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wird, daneben aber, um ein paar Pfennige mehr zu verdienen, am Sonntag gearbeitet wird? Das Sozialistengesetz ist gefallen; was soll man aber dazu sagen, daß der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes in Lauterberg am Harz sich mit dem Fabrikantenverein dahin einigt, den Fritz Erfurth, einen Mann, der mit Aufopferung für die Interessen der Gewerkschaft aufgetreten, der den Ausstand hochgebracht hat, zu zwingen, binnen vierzehn Tagen außer Landes zu gehen! Es ist das eine Schmach!

Singer: Ich muß namens des Parteitagcs konstatieren, daß der Redner nur seine persönliche Meinung ausgesprochen hat. Wir sind hier nicht in der Lage, seine Angaben zu kontrollieren und wir können als Parteitag, das konstatire ich, der so schwer angegriffenen Gewerkschaft gegenüber ein Urtheil nicht fällen. (Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingegangen.

Singer: Wir verhandeln über eine außerordentlich wichtige Materie, über die eine ausgiebige Debatte notwendig ist. Um eine Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, schlage ich vor, bis halb drei Uhr die Debatte fortzusetzen; dann kann noch der Referent sprechen und wir sind programmäßig um 3 Uhr mit diesem Punkt der Tagesordnung fertig. (Zustimmung.)

Schmalfeld-Bremerhaven: Die Lage der im Schiffsbau beschäftigten Arbeiter ist eine traurige. Wir haben dort sogenannte feste und lose Gänge; bei ersteren, die aus älteren Arbeitern bestehen, ist eine tägliche Arbeitszeit von 18 Stunden nicht selten (Hört!), obgleich genug junge Arbeiter vorhanden sind, die sie ablösen könnten. Noch schlimmer sind die Seeleute daran, die vollkommen der Willkür der Aheber und Kapitäne preisgegeben sind, denn sobald ein Schiff den Hafen verlassen hat, ist es nur noch ein großes Fragezeichen. Man weiß nicht, was auf ihm passiert. Und wie werden solche Fälle, die zur Kenntniß des See-Amtes gelangen, abgeurtheilt. Ein Mann springt über Bord, natürlich nicht aus Wollust, sondern weil er die Arbeit und Behandlung nicht ertragen kann. Das See-Amt kommt zu dem Schluß, es liegt kein Verschulden der Vorgesetzten vor, es hat nicht festgestellt werden können, was den Mann dazu veranlaßt hat. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, auf einem Schiff ein Matrose in geradezu unmenschlicher Weise behandelt; den rohen Patron von erstem Steuermann hat sein Schicksal ereilt, er wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt, aber der Kapitän, der alle Brutalitäten mit angesehen hatte, wurde vorläufig auf freiem Fuß gelassen, er ging mit seinem Schiff nach Ostasien, und er hatte Glück. Wie die Chronik

melbet, starb er zu rechter Zeit. Natürlich glaubte kein Mensch daran. Der zweite Steuermann, der von vornehmer Herkunft war, wurde stechbrieflich verfolgt und als bereits der Steckbrief hinter ihm erlassen war, fuhr er noch in einer Droschke in Bremerhaven herum. Die Seemannsordnung ist nach meiner Ansicht nicht auf freie Arbeiter, sondern auf mittelalterliche Galeerenflaven zugeschnitten. (Sehr richtig!) Die Reichstagsfraktion wird ja zu dem jetzt endlich erscheinenden neuen Entwurf einer Seemannsordnung Stellung zu nehmen haben. Es wäre erwünscht, daß Bebel oder sonst einer sich an Ort und Stelle begiebt, um sich von den Verhältnissen zu überzeugen. Die Beaufsichtigung ist eine mangelhafte. Man scheint oft vorher zu wissen, wenn der Reichskommissar erscheinen wird. Auch erstreckt sich die Aufsicht nur auf das Äußere, nicht aber auf die inneren Räume, wo ungeheuerliche Zustände bestehen. Selbst die Kost ist auf den Schiffen eine ungläublich schlechte. Aenderungen müssen unbedingt vorgenommen werden. (Beifall.)

Repler: Als das Unfallversicherungs-Gesetz erlassen wurde, wurde mit einem wahren Feuereifer seitens der Unternehmer im Baugewerbe an Erlass, Druck und Aushängung von Unfallverhütungs-Vorschriften gegangen. In jeder Nummer des Innungsblattes des Vorstandsmitgliedes der Berliner Gewerbe-Ausstellung, des „Baumeisters“ Felsich, war davon die Rede. Bald zeigte sich, woher diese Arbeiterfreundlichkeit rührte. Die Herren Unternehmer bildeten sich nämlich ein, daß mit der Anheftung recht scharfer Unfallverhütungs-Vorschriften sie die Unfallversicherung besetigen können. Man würde dann dem verunglückten Arbeiter sagen können: da hängen ja die Vorschriften, weshalb hast Du sie überschritten? Dadurch machte aber das Reichs-Versicherungsamt, das, wie ich anerkenne, das Vertrauen der Arbeiter einigermassen verdient, einen Strich und verlangte nicht nur die Anheftung, sondern auch die Gewähr für eine strenge Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften; da machten die Unternehmer eine Kalkulation, daß dadurch Störungen, Verzögerungen auf den Bauten erfolgen. Einige Pfennige Lohn mehr für manche Arbeiten würden gezahlt werden müssen und sie zahlten lieber die Unfallrenten und entfernten wieder die Unfallverhütungs-Vorschriften. Das Unternehmertum denkt nicht an die Knochen der Arbeiter, sondern nur an seinen Profit. Nun ist es aber die Pflicht der Arbeiter, für die Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften zu sorgen. Das Material müßte der Organisation, der Partei- und Fachpresse mitgeteilt werden. Leider geschieht das nur selten. Das gleiche müßte auch hinsichtlich der landwirthschaftlichen Arbeiter geschehen. (Sehr wahr!) Das vergißt man immer. Je komplizirter die landwirthschaftlichen Maschinen werden, desto mehr nehmen auch auf dem Lande die Unfälle zu. Ferner müßte in Bezug auf die Wohnungsverhältnisse zc. uns Material gegeben werden. Der Indifferentismus der Genossen muß beseitigt werden. Aber durch die vorliegenden Anträge wird das nicht erreicht. Unleugbar ist ja die gegenwärtige Konjunktur eine aufsteigende. Aber es kam trotzdem nicht gesagt werden, daß die Lage der Arbeiter, ja selbst die der Betriebsunternehmer dadurch gebessert ist. Es wird mit niedrigeren Preisen gearbeitet als früher und dadurch eine viel schärfere Anspannung der Arbeiter herbeigeführt. Der Antrag, wonach in die Forderungen jedes Lohnkampfes die Reduktion der Arbeitszeit aufgenommen werden soll, verlangt eine Unmöglichkeit. Es muß einer jeden Organisation, einer jeden Gewerkschaft überlassen werden, was sie zu fordern für nothwendig hält, sonst würden wir zum großen Theil unsere Lohnbewegungen erfolglos machen. (Beifall.)

Legien-Hamburg: Die Strömung in der Partei, die dahin geführt hat, diesen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitage zu setzen, ist zu begrüßen. Sie geht nach zwei Richtungen. Einmal sind es die Quard'schen Vorschläge, die Anlaß zu Erörterungen geben, andererseits sind es die Parvus-Artikel.

Quard will die Aktion der Gewerkschaften in umfangreichem Maße auf den Arbeiterschutz, auf die Sozialpolitik lenken, Parvus will den Kampf um den Achtstundentag in den Mittelpunkt der Parteithätigkeit rücken. Was nun die Quard'schen Vorschläge betrifft, so halte ich es für absolut erforderlich, daß die Gewerkschaften das ihnen so nahe liegende Gebiet der Sozialpolitik behandeln. Keine Körperschaft ist geeigneter dazu. Die Gewerkschaften müssen unbedingt Sozialpolitik treiben, dagegen bin ich nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften Parteipolitik treiben sollen. Im wirthschaftlichen Kampf gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, ohne nach dem politischen Glaubensbekenntniß des einzelnen zu fragen. Die Sozialpolitik ist ja nicht Eigenthum der sozialdemokratischen Partei. Sozialpolitik kann man treiben, ohne Sozialdemokrat zu sein. Sozialpolitik treiben ja auch alle anderen Parteien, wenn auch nur nach dem Grundsatz: Was mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß. Die Sozialdemokratie treibt am konsequentesten Sozialpolitik. Nach der Lage der Gesetzgebung können sich die Gewerkschaften nicht so mit Sozialpolitik befassen. Sobald sie aber mehr Bewegungsfreiheit durch Fortfall des Verbotes des in Verbindungtretens von Vereinen erhalten, werden sie sich mit oder ohne Parteitagbeschlus mit sozialpolitischen Angelegenheiten befassen. Quard's Meinung, daß die Gewerkschaftsartelle schon jetzt Träger der Sozialpolitik sein können, halte ich für irrig, weil die Kartelle in einzelnen Städten zusammengesetzt sind aus den Zweigvereinen der zentralisirten Gewerkschaften, also nicht außerhalb, sondern innerhalb der Organisation stehen.

Nun zu Parvus. Die Erörterung seiner Vorschläge auf dem Parteitage halte ich für äußerst zweckmäßig. Aber daran ist nicht zu denken, daß durch eine Agitation der Achtstundentag errungen werden wird. Gesetze sind nach meiner Anschauung nur der Stempel auf bestehende Verhältnisse. Solange die Gewerkschaften nicht durch den wirthschaftlichen Kampf eine Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen haben, ist an einen gesetzlichen Normalarbeitstag nicht zu denken. Die Agitation im Sinne von Parvus kann also, wenn sie etwas erreichen will, zu nichts anderem führen, als zu einer Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Auch ein wirkliches Koalitionsrecht kann, wie es in England gewesen, nur durch die Organisation erzwungen werden. Die englischen Arbeiter haben die Koalitionsfreiheit nicht erhalten, weil die gesetzgebende Körperschaft das Bedürfnis eingesehen hatte, sondern weil die englischen Arbeiter ihre geheimen Organisationen trotz des Verbotes aufrecht erhielten. Wenn die Erörterungen der Parvus'schen Vorschläge auf dem Parteitage zu einer Verstärkung der Organisationen führen, so würde ich dieses Resultat mit Freuden begrüßen. Für verkehrt aber halte ich es, etwa den Arbeitern einreden zu wollen, sie könnten durch bloße Agitation den Achtstundentag erringen. Versammlungen, Agitieren, Protestieren nützt nichts! Die Organisation ist alles!

Weims-Goslar: Wir sollten doch mehr als bisher auch an die ländlichen Arbeiter denken und energischer als bisher für den ländlichen Arbeiterschutz eintreten und gegen die Gefinde-Ordnung Front machen. Ich erinnere an den Auspruch vom vorigen Parteitage, es wäre gut, wenn wir erst ein Duzend Bauernknechte unter uns hätten! Die Bewegung ist auf dem Lande längst vorhanden. Wenn auch nicht allgemeine Direktiven gegeben werden können für die Agitation auf dem Lande, so ist doch eine ausgiebige Erörterung unter den Genossen dringend nothwendig. Namentlich richte ich auch einen Appell an die anwesenden Vertreter der Parteipresse.

Singer: Entsprechend unserer Verabredung ist hiermit der Schluß der Diskussion herbeigeführt; es ist vorher noch ein genügend unterstützter Antrag des Genossen Eichhorn eingegangen, der nachher zur Abstimmung stehen wird:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, besondere Anträge zu stellen auf Einführung des Achtstundentages in der Reichspost- und Reichs-Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämtlichen Militärwerkstätten, ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren.“

Bömelburg (persönlich): Genosse Weinheber warf mir vor, daß ich meine heutigen Vorschläge nicht schon in Hamburg gemacht habe. Wenn er die Verhandlungen im Hamburger Gewerkschaftskartell und die Berichte des „Hamburger Echo“ verfolgt hätte, so würde er wissen, daß wir uns in Hamburg schon seit zwei Jahren ernsthaft mit der Frage beschäftigt haben.

Eichhorn: Mollenbuhr nannte die Dresdener Genossen und Parvus Utopisten. Ein Universalmittel sollen die Parvus'schen Vorschläge nicht sein.

Singer: Das war aber nicht persönlich.

Das Schlusswort zum Arbeiterschutz hat

Wurm: Mein Referat ist mehrfach bemängelt worden; ich habe es aber nicht für nötig gehalten, selbstverständliche Dinge vorzubringen, die täglich in der Presse erörtert werden. Auch war von mir nicht verlangt worden, als man mir das Referat übertrug, daß ich über die Theorie und den gegenwärtigen Stand des Arbeiterschutzes referiere, sondern im Zusammenhange die auf den Arbeiterschutz bezüglichen Anträge bespreche. Mein Streben ging daher dahin, zu untersuchen, wie sich die gewerkschaftliche und die politische Bewegung zu der sozialen Gesetzgebung zu stellen hat. Kein einziger Derer, die höhere Gesichtspunkte in meinem Referat vermisst haben, hat selbst höhere Gesichtspunkte vorgebracht. Besonders interessant war für mich, daß man die Bömelburg'schen Ausführungen zu den meinen im Gegensatz stellte, weil das Material, was Bömelburg gegen mich anführte, einem Artikel entnommen ist, den ich selbst im März im „Vorwärts“ veröffentlicht habe. (Große Heiterkeit.) In der ganzen Debatte ist nichts Neues gesagt. All die schönen Vorschläge zerfliegen in nichts, wenn man sie zerpfückt. Wie wenig stichhaltig die Ausführungen von Duarc sind, hat Legien bewiesen, der einen Unterschied zwischen Sozialpolitik und Parteipolitik macht, erstere den Gewerkschaften überlassen will, letztere aber nicht. Gleich darauf aber sagte er, daß wenn auch andere Parteien als die unsere Sozialpolitik treiben, sie dies nur stets so thun, daß sie den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Demnach würde Legien den Gewerkschaften eine solch unfruchtbare Sozialpolitik überweisen! Dagegen muß ich mich ganz entschieden erklären. Wir können keinen künstlichen Unterschied zwischen Sozialpolitik und Parteipolitik machen. (Sehr richtig!) Wir sind Sozialdemokraten und treiben deshalb soziale Parteipolitik oder parteigemäße Sozialpolitik. Wenn andere Parteien uns Palliativmittel vorschlagen, so nehmen wir natürlich, was wir bekommen können, aber wir bestehen darauf, daß wir weit mehr haben wollen, und legen uns nicht auf den Bauernfang. Die Hauptfrage für uns ist die: wie ist es möglich, durch eine neue Form der Agitation mehr Schwung in die Sache zu bringen? Und in diesem Punkte hat die Debatte das zu tage gefördert, was ich bereits vorhin gesagt habe, daß nämlich derartige Dinge sich nicht erzwingen lassen. Wie leicht es ist, eine Begeisterung zu entfachen, haben wir ja bei der Agrarfrage gesehen, wo wir Resultate bekommen haben, die für uns keineswegs ermutigend waren. (Beifall und Widerspruch.) Genau so würde es uns auf diesem Gebiete gehen. Die Vorschläge von Parvus sind die einzigen, die neue Gedanken enthalten, leider aber Gedanken, die wir nicht akzeptieren können. Das Arbeiterssekretariat ist ja für die Partei sehr wünschenswert, augenblicklich aber können wir es

noch nicht schaffen, und es wäre unpraktisch, wollten wir es nur aus der Fraktion heraus bilden. Vorläufig ist es uns nur möglich, unsere Presse dadurch zu unterstützen, daß die einzelnen Gewerkschaften ihr Mittheilungen über die Zustände in ihren Berufen zukommen lassen. Dazu brauchen wir aber keine neuen Beschlüsse; das kann auf Grund der alten Beschlüsse geschehen, wenn jeder seine Schuldigkeit thut. Mit Recht ist hervorgehoben, daß wir die Landarbeiter bei unseren Vorschlägen zu wenig berücksichtigen. Material haben wir ja in hinreichender Menge; und wenn die Genossen das ausnutzen wollten, so hätten sie genügend Agitationsstoff. Wie Legien sehr richtig hervorgehoben hat, hat ja jede Agitation nur den einen Zweck, unsere Organisation politisch und gewerkschaftlich zu stärken. Mit dem Vorbringen von Thatsachen allein ist nichts erreicht, wenn es uns nicht gelingt, die Leute dauernd an uns zu fesseln und damit eine Macht zu schaffen.

Den Antrag Eichhorn bitte ich abzulehnen, denn wir haben schon längst davon Abstand genommen, unsere Wünsche, die nicht erreichbar sind, in Form von Anträgen vorzubringen. Es ist viel besser, wenn wir uns bei den Sitzberathungen, wo wir uns ja genügend aussprechen können, über solche Fragen verbreiten. So ist z. B. der Antrag auf Verbesserung der Kontrolle der Werkstätten von uns längst eingebracht. Er ist aber noch nicht zur Verhandlung gekommen und es wird auch nicht dazu kommen. Wohl aber war es uns möglich, bei der Debatte über die Fabrikinspektoren die Sache zur Sprache zu bringen. An der Abstimmung über den Antrag liegt uns nichts, denn wir wissen ja, daß unsere Gegner nichts davon wissen wollen. Bleiben wir beim alten! Die Fraktion wird wie bisher so auch in Zukunft bei jeder Gelegenheit für den Arbeiterschutz eintreten. Unterstützen Sie uns nur mit Material und nehmen Sie unsere Resolution an. In der Resolution betr. den Achtstundentagsbeschluss habe ich zum Schluss eine redaktionelle Aenderung vorgenommen und statt „für den Schutz jeder Arbeiterkategorie“ gesagt „für diesen wie für jeden Schutz einer Arbeiterkategorie.“ (Beifall.)

Persönlich bemerkt **Bömelburg**, daß er seine Aufstellung nicht dem „Vorwärts“, sondern den Mittheilungen des Reichs-Versicherungsamts entnommen und erst am letzten Sonnabend ausgearbeitet hat.

Wurm erwidert, daß das Material bekannt war, und daß er nicht voraussehen konnte, daß Bömelburg erst am letzten Sonnabend das ausarbeiten würde, das schon vor längerer Zeit in der Parteipresse gestanden hat.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der beiden von Wurm vorgeschlagenen Resolutionen unter Ablehnung des Amendements Adler's. Ebenso wird der Antrag Mollenbuhr, der Parteitag wolle durch Annahme der Resolutionen sämtliche zum Punkt Arbeiterschutz gestellten Anträge für erledigt erklären, mit großer Mehrheit angenommen. — Damit ist dieser Punkt erledigt.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm der sozialdemokratischen Partei Kroatiens. — Schluß 8 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 16. Oktober. — Vormittagsitzung.

9¹/₄ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingelaufen. Ein Telegramm meldet den Sieg der Partei bei der Offenbacher Landtagswahl. (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 9: **Frauenagitation.**

Gleichzeitig zur Debatte gestellt werden die Anträge 40, 60, 61 und folgender von Bosselt, Baader, Setkin, Vogel, Rähler, Roenen und Genossen gestellter Antrag: